

## Eine gemeinsame Grundlage für Europa

Die „Berliner Erklärung“ zur Zukunft der Europäischen Union vom 25. März 2007  
(Wortlaut)

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Römischen Verträge (vgl. Jörg Huffschmid, Die neoliberale Deformation Europas. Zum 50. Jahrestag der Verträge von Rom, in: „Blätter“ 3/2007, S. 307-319) unterzeichneten Bundeskanzlerin und EU-Ratspräsidentin Angela Merkel, der Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 25. März d.J. die sogenannte „Berliner Erklärung“. Mit diesem Dokument will die deutsche Ratspräsidentschaft den „Verfassungsprozess“ wiederbeleben, der durch die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden im Mai 2005 zum Stillstand gekommen ist. Bis 2009 wolle man die EU „auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage“ stellen, so der Text der Erklärung, allerdings unter bewusster Vermeidung des Begriffs „Verfassung“. Der avisierte Zeitrahmen stieß allerdings umgehend auf Bedenken, vor allem seitens der tschechischen und polnischen Regierung. Darüber hinaus wandten sich auch globalisierungs- und europakritische Stimmen wie das „Europäische Sozialforum“ und das Netzwerk Attac Europa insbesondere gegen den undemokratischen Charakter der Erklärung wie des ursprünglich geplanten Verfassungsvertrages (vgl. hierzu auch den Kommentar von Jürgen Habermas in diesem Heft). Wir dokumentieren die Erklärung im Folgenden im Wortlaut. – D. Red.

Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war. Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

I. Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten. Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.

II. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg

und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben. Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen. Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.

III. Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern. Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen. Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

## **„Der Krieg im Irak ist eine historische, strategische und moralische Katastrophe.“**

Zbigniew Brzezinskis Aussage vor dem Außenpolitischen Ausschuss des US-Senats vom 1. Februar 2007 (Wortlaut)

In seiner viel beachteten Aussage vor dem Senatsausschuss äußerte Zbigniew Brzezinski, Nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Jimmy Carter, scharfe Kritik am außenpolitischen Kurs der US-Regierung. Insbesondere der Irakkrieg sei eine „Katastrophe“, der „Amerikas globale Legitimität“ untergrabe. Brzezinski verleiht seiner Befürchtung Ausdruck, dass die Politik Präsident Bushs auf einen „Frontalzusammenstoß mit dem Iran und großen Teilen der islamischen Welt insgesamt“ zu steuert. Im Folgenden dokumentieren wir Brzezinskis Aussage in eigener Übersetzung. – D. Red.

Herr Vorsitzender,

Ihre Anhörungen finden zu einer Zeit statt, in der der von den Vereinigten Staaten gewollte Krieg im Irak vor entscheidenden Weichenstellungen steht, und ich möchte Ihnen und Senator Lugar meine Anerkennung dafür aussprechen, dass Sie sie angesetzt haben.

Es ist an der Zeit, dass das Weiße Haus sich auf zwei zentrale Realitäten einstellt: